

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946**

46 (25.6.1946)

starken Kon-
bel Nürnberg
siegte im „Er
er Fritz Schei
Kreuer (Köln
kalt); Vierer
(Nürnberg)
unter gewann
Fritz Schei
ANA)
nen über 3,6
arter Hipper
SC Alpin
nc und James



# BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN



Verlag: Badendruck GmbH. Karlsruhe a. Rh., Lamstraße 10-5, Tel. 4051/53. Erschließungsweg: 2mal wöchentlich, Besirksamkeit für Pflanzung (Eberstein, 18) und für Bruchsal (Ecke Schauborn- u. Wilderichstr.)

1. Jahrgang

Karlsruhe, Dienstag, 25. Juni 1946

Einzelverkaufspreis 20 Pf. Monatl. Bezugspreis RM 2,20, durch die Post bezogen RM 2,60 zuzügl. RM 0,36 Zustelgebühr. Anzeigepreis: Die 10gesp. Noop.-Zelle RM 2,- in Besirksamg. RM 1,-. Anst. Anz. die Hälfte.

Nummer 46

DANA funkt:

## Neue französische Koalitionsregierung

Paris, 24. Juni. (AP) Am Montag früh wurde die Neubildung der französischen Koalitionsregierung unter Ministerpräsident Georges Bidault bekanntgegeben. Bidault behält seinen bisherigen Posten als Außenminister. Das neue Kabinett unterscheidet sich nur unwesentlich von der Regierung Gouin. Die drei Hauptparteien, Republikanische Volkspartei, Kommunisten und Sozialisten, sind sowohl zahlenmäßig als auch der Bedeutung der ihnen übertragenen Ministerien nach fast gleichmäßig vertreten. Der bisherige Regierungschef und Leiter der Sozialisten, Felix Gouin, und der Generalsekretär der Kommunisten, Maurice Thorez, wurden zu stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt. Zu Staatsministern im Kabinett Bidault wurden François Cey als Vertreter der Republikanischen Volkspartei und Alexandre Varenne von der Demokratisch-sozialistischen Union bestimmt. Bidault erklärte, daß er neben der Ministerpräsidenten und dem Außenministerium auch das Informationsministerium übernehmen werde. Zum Staatssekretär für Informationswesen wurde André Colin von der Republikanischen Volkspartei ernannt. Das neue Kabinett wird am 25. Juni zum ersten Male zusammengetreten und zur förmlichen Bestätigung der verfassunggebenden Versammlung vorgeschickt werden. Später soll die Ernennung einer Reihe von Staatssekretären für die neue Regierung erfolgen.

## Annestie in Italien

Rom, 24. Juni. (AP) Eine Amnestie für tausende von politischen Gefangenen, die in der Zeit vor der Befreiung Italiens bis zum 18. Juni 1946 verurteilt worden waren, wurde von der Regierung der neuen italienischen Republik erlassen.

## Gedenkfeier für Roosevelt am 1. Juli

Washington, 24. Juni. (DANA) Die Gedenkfeier im Kongreß für Franklin Delano Roosevelt, die am 12. April, dem Todestag des ehemaligen Präsidenten, gegen dringende Gesetzesvorlagen auf ein späteres Datum verschoben wurde, wird am 1. Juli in einer feierlichen Sitzung stattfinden. Präsident Truman mit seinem Kabinett, frühere Mitglieder des Roosevelt-Kabinetts, Angehörige der Roosevelt-Familie und Vertreter ausländischer Regierungen werden zu den Gedenkfeierlichkeiten eingeladen. Der amerikanische Vertreter im Wirtschaftlichen und Sozialen der Vereinten Nationen und ehemaliger Botschafter in London, John Winant, wird die Hauptansprache bei der Gedenkfeier halten.

# Das Märchen von der „Wunderwaffe“

Das deutsche Volk wurde belogen — Ausplünderung annektierter Gebiete —

Nürnberg, 24. Juni. (DANA) Der amerikanische Ankläger Jackson begann in der Freitagsitzung des Kreuzverhörs des Angeklagten Speer gab an, daß er seit 32 Mitglied der NSDAP war und von 34 bis 41 Abteilungsleiter in der deutschen Arbeitsfront. Im Jahre 42 wurde er als Nachfolger des Reichsleiters der NSDAP, er nahm bis zum Jahre 42 an allen Parteitagungen und Reichstagsitzungen teil. Der Angeklagte gab zu, das Programm der NSDAP gekannt zu haben. Auf eine Frage Jacksons bestätigte der Angeklagte, daß 10 000 Juden in unterirdischen Kellern gegen ihren Willen beschäftigt wurden. Die Kriagslage, so erklärte er, habe solche Zwangsmaßnahmen erfordert. Im Verlauf des Kreuzverhörs wies der Angeklagte wiederholt darauf hin, daß er die Verantwortung dafür übernehme, daß ausländische Arbeiter nach Deutschland gebracht wurden. Speer gab zu, daß die Zustände im Arbeitslager der Krupp-Werke teilweise „katastrophal“ waren. Er behauptete aber, sein Möglichstes getan zu haben, um die Zustände zu bessern. Seine Mitherausgeber für die Zustände im Dritten Reich gab Speer mit den Worten zu: „Es gibt im Reich zwei Verantwortungen, erstens die für den eigenen Sektor, in dem man voll verantwortlich ist, darüber hinaus aber gibt es, meiner Ansicht nach, für entscheidende Dinge im Staat eine Gesamtverantwortung aller derer, die an führender Stelle sind. Denn wer soll sonst die grundsätzliche Verantwortung für alles, was in Deutschland geschah, tragen, wenn nicht die Männer, die um den Führer herum waren?“

Auf den Vorwurf des russischen Anklägers Ruzinsky, Speer habe an der Ausplünderung der besetzten Gebiete teilgenommen, erklärte der Angeklagte: „An der Ausplünderung ja, Plünderungen kann ich nicht beantworten, weil ich nicht weiß, was Sie sich darunter vorstellen.“ Der amerikanische Oberrichter Biddle schloß das Kreuzverhör des Angeklagten Speer mit Fragen über die Zustände in den KZ. Speer erklärte, daß er sich über die Zustände in den KZ beruhigt habe, „da die offiziellen Stellen immer nur Gutes über die KZ berichteten.“ Nach Vorlegung einiger Dokumente zur Entlastung Speers durch den Verteidiger Dr. Flächsner, war der Fall des Angeklagten Speer abgeschlossen.

## Neuraths „Abscheu“

Der Angeklagte v. Neurath war, wie er aussagte, seit 1901 im Dienst des Auswärtigen Amtes in verschiedenen Hauptstädten Europas, U. a. war er in London als Gesandter tätig. Im Jahre 1916 schied er wegen Differenzen mit dem Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg aus seinem Amt, ging aber 1918 auf Ersuchen des Reichspräsidenten Friedrich Ebert wieder als Gesandter nach Dänemark. „Von Jahre 1921 bis 1930“, sagte v. Neurath, „war ich Botschafter in Rom und erlebte die christliche Revolution mit ihren blutigen Auswüchsen“. In den ersten Jahren, erklärte der Angeklagte, habe er starke Differenzen mit Mussolini gehabt. Ueber seine Einstellung zur Kirche sagte v. Neurath aus, er habe Christentum und Kirche als die Grundlagen des Staates angesehen und deshalb auch die Abberufung des „Reichsbischofs“ Müller veranlaßt worden. In diesem Zusammenhang verlas der Verteidiger des Angeklagten, Dr. v. Luedinghausen, eine eidesstattliche Erklärung des evangelischen Bischofs Wurm, in der es heißt, daß er (Wurm) Neurath in der Zeit des Kirchenkampfes kennengelernt und dieser ihm öfter Unterredungen mit anderen Mitgliedern der Reichsregierung vermittelt habe. Im Jahre 1934 habe v. Neurath seine (Wurms) Haftentlassung und die Wiederanerkennung als Bischof durchgesetzt. Durch Neuraths Initiative sei dann auch die Abberufung des „Reichsbischofs“ Müller veranlaßt worden.

Der Angeklagte ist, wie er weiter erklärte, niemals Antisemit gewesen, hat aber die Zurückdrängung des übermäßigen Einflusses der Juden als erwünscht angesehen. Gewaltmaßnahmen und Rassenpolitik will er jedoch abgelehnt und bekämpft haben. Auf die Frage seines Verteidigers, was er über die Gestapo gewußt habe, antwortete Neurath, nur eine allgemeine Tätigkeit dieser Polizeistelle sei ihm bekannt gewesen. Ueber Konzentrationslager will der Angeklagte zum erstenmal etwas erfahren haben, als im Jahre 1934 sein Protokollchef und einer anderer Beamter seiner Abteilung ins KZ gebracht wurden. Als der Reichspräsident v. Hindenburg ihm im Jahre 1929 zum Außenminister machen wollte, erklärte der Angeklagte, habe er dies mit der Begründung abgelehnt, daß er keiner Partei angehöre. Er habe aber v. Hindenburg das Versprechen gegeben, seinem Ruf zu folgen, „wenn das Vaterland in Not sei“. Dieser Ruf erfolgte im Mai 1932 bei der Bildung des Kabinetts v. Papen, wie der Angeklagte aussagt.

„Nach der Machtergreifung erfüllte mich die enorme Entwicklung der deutschen Innen- und Außenpolitik immer mehr mit Schrecken und Widerwillen“, erklärte der Angeklagte v. Neurath in seiner Aussage als Zeuge in eigener Sache. Er selbst habe eine friedliche Lösung der außenpolitischen Probleme angestrebt, „jede Anwendung von Gewalt absolut ablehnen und sein überzeugter Gegner kriegerischer Verwicklungen gewesen.“ „Solange ich Reichsaußenminister war“, fügte der Angeklagte hinzu, „ist kein Mittel angewandt worden, das nicht allgemein völkerrechtlich üblich war.“ Bei der Schilderung der innerpolitischen Lage Deutschlands im Jahre 1932 stützte sich der Angeklagte auf die Aussage Papens und bestätigte, daß die Wahl zwischen einem Bürgerkrieg und der Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung gegeben habe. „Hitler kannte ich nicht, verabscheute jedoch seine Methoden, sich an die Macht zu bringen“, sagte Neurath. Die „Bedrohung“ auf die Frage seines Verteidigers, warum er trotz seiner offensichtlichen Abneigung gegen den Nationalsozialismus in das Kabinett Hitler eintrat, entgegnete Neurath: „Ich hatte große Bedenken, bin aber auf die dringende Bitte Hindenburgs, die Fortführung einer friedlichen Außenpolitik sichern wollte, auf meinem Posten geblieben.“ Ueber die Vorgänge des 30. Juni 1934 sagte Neurath aus, Hitler habe ihm den Rühm-Putsch als eine „gerne Revolte“ geschildert, und er habe keine Bedenken gehabt, weiter in der Regierung zu bleiben. „Außerdem“, so sagte Neurath, „habe ich mehrere Revolutionen miterlebt, und es ist eine geschichtliche Tatsache, daß bei solchen Umwälzungen vielfach Unschuldige leiden müssen.“ Die deutsche Aufrüstung war, wie der Angeklagte v. Neurath in der Montagvormittags-Sitzung behauptete, „ein Folge der militärischen Bedrohung durch die Nachbarstaaten“. Als im Jahre 1934 die deutsche Aufrüstung begann, sei von Kriegsplänen noch keine Rede gewesen, daher sei der Vorwurf der Anklage, daß er (v. Neurath) diese Pläne unterstützt habe, unrichtig. Deutschland mußte sich einkreist fühlen, als der russisch-französiche Pakt abgeschlossen wurde, Rußland seine Armeen verdoppelte und in der Tschechoslowakei und in Frankreich militärische Dienstzeit verlängert wurde, fuhr v. Neurath fort. Dieser Bedrohung habe Deutschland nicht tatenlos zusehen können. Am 18. März 1935 teilte Deutschland, wie v. Neurath sagte, den ausländischen Mächten mit, daß es an Abrüstungskonferenzen noch teilnehmen wolle. Das deutsch-englische Flottenabkommen sei ein Beweis für die Friedensliebe der deutschen Reichsregierung gewesen. Deutschland sei darüber hinaus bereit gewesen, Deutschland sei darüber hinaus bereit gewesen, die Abberufung des „Reichsbischofs“ Müller zu unterstützen, wenn es dadurch „unübersehbare Verpflichtungen“ einzugehen würde. Die Besetzung des Rheinlandes erfolgte, wie der Angeklagte aussagte, nur mit einer Division und hätte „jedem symbolischen Charakter“ gehabt. Im Jahre 1936 habe Deutschland Frankreich den Vorschlag gemacht, es wolle die Truppen im Rheinland nicht mehr verstärken und nicht näher an die Grenzen heranrücken, wenn Frankreich sich zu gleichen Maßnahmen in seinem Lande verpflichten würde.

## Rheinlandbesetzung nur „symbolisch“

„Nach der Machtergreifung erfüllte mich die enorme Entwicklung der deutschen Innen- und Außenpolitik immer mehr mit Schrecken und Widerwillen“, erklärte der Angeklagte v. Neurath in seiner Aussage als Zeuge in eigener Sache. Er selbst habe eine friedliche Lösung der außenpolitischen Probleme angestrebt, „jede Anwendung von Gewalt absolut ablehnen und sein überzeugter Gegner kriegerischer Verwicklungen gewesen.“ „Solange ich Reichsaußenminister war“, fügte der Angeklagte hinzu, „ist kein Mittel angewandt worden, das nicht allgemein völkerrechtlich üblich war.“ Bei der Schilderung der innerpolitischen Lage Deutschlands im Jahre 1932 stützte sich der Angeklagte auf die Aussage Papens und bestätigte, daß die Wahl zwischen einem Bürgerkrieg und der Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung gegeben habe. „Hitler kannte ich nicht, verabscheute jedoch seine Methoden, sich an die Macht zu bringen“, sagte Neurath. Die „Bedrohung“ auf die Frage seines Verteidigers, warum er trotz seiner offensichtlichen Abneigung gegen den Nationalsozialismus in das Kabinett Hitler eintrat, entgegnete Neurath: „Ich hatte große Bedenken, bin aber auf die dringende Bitte Hindenburgs, die Fortführung einer friedlichen Außenpolitik sichern wollte, auf meinem Posten geblieben.“ Ueber die Vorgänge des 30. Juni 1934 sagte Neurath aus, Hitler habe ihm den Rühm-Putsch als eine „gerne Revolte“ geschildert, und er habe keine Bedenken gehabt, weiter in der Regierung zu bleiben. „Außerdem“, so sagte Neurath, „habe ich mehrere Revolutionen miterlebt, und es ist eine geschichtliche Tatsache, daß bei solchen Umwälzungen vielfach Unschuldige leiden müssen.“ Die deutsche Aufrüstung war, wie der Angeklagte v. Neurath in der Montagvormittags-Sitzung behauptete, „ein Folge der militärischen Bedrohung durch die Nachbarstaaten“. Als im Jahre 1934 die deutsche Aufrüstung begann, sei von Kriegsplänen noch keine Rede gewesen, daher sei der Vorwurf der Anklage, daß er (v. Neurath) diese Pläne unterstützt habe, unrichtig. Deutschland mußte sich einkreist fühlen, als der russisch-französiche Pakt abgeschlossen wurde, Rußland seine Armeen verdoppelte und in der Tschechoslowakei und in Frankreich militärische Dienstzeit verlängert wurde, fuhr v. Neurath fort. Dieser Bedrohung habe Deutschland nicht tatenlos zusehen können. Am 18. März 1935 teilte Deutschland, wie v. Neurath sagte, den ausländischen Mächten mit, daß es an Abrüstungskonferenzen noch teilnehmen wolle. Das deutsch-englische Flottenabkommen sei ein Beweis für die Friedensliebe der deutschen Reichsregierung gewesen. Deutschland sei darüber hinaus bereit gewesen, die Abberufung des „Reichsbischofs“ Müller zu unterstützen, wenn es dadurch „unübersehbare Verpflichtungen“ einzugehen würde. Die Besetzung des Rheinlandes erfolgte, wie der Angeklagte aussagte, nur mit einer Division und hätte „jedem symbolischen Charakter“ gehabt. Im Jahre 1936 habe Deutschland Frankreich den Vorschlag gemacht, es wolle die Truppen im Rheinland nicht mehr verstärken und nicht näher an die Grenzen heranrücken, wenn Frankreich sich zu gleichen Maßnahmen in seinem Lande verpflichten würde.

## Zur Entmilitarisierung Japans

Washington, 24. Juni. (AP) Die Vereinten Staaten haben, wie der amerikanische Außenminister bekanntgab, Großbritannien, der Sowjetunion und China den Abschluß eines gemeinsamen 25jährigen Vertrages zur Verhütung einer Friedensbedrohung durch Japan vorgeschlagen. Der Vertrag soll nach Beendigung der gegenwärtigen Besatzungsperiode weiterhin die völlige Entwaffnung und Entmilitarisierung Japans garantieren. Die Ueberwachung der in dem Vertrag vorgesehenen Bestimmungen soll einer besonderen Viermächtekommission übertragen werden.

## Landespräsident Dr. Koehler sprach

Stuttgart, 24. Juni. (DANA) Ueber die parteipolitische Stellung der CDU sowie innerpolitische Fragen der Gegenwart sprach Dr. Heinrich Koehler, der stellv. Ministerpräsident und Wirtschaftsminister von Württemberg-Baden, auf einer Großkundgebung der CDU im Stadttheater Stuttgart. „Wenn liegt auf die Unstimmigkeiten in der Ausführung des Gesetzes zur politischen Säuberung vom 5. März d. J. hingewiesen wird“, führte der Minister aus, „so kann dies unser Land Württemberg-Baden nicht betreffen. Für unser Land kann ich sagen, daß wir mitten im Werk sind, das Gesetz in loyalster Weise durchzuführen und einer etwaigen Sabotage, mag sie kommen, woher sie will, mit aller Schärfe entgegenzutreten werden.“ „Die Entwicklung unserer ganzen Ernährungslage hängt in weitem Umfang davon ab“, sagte Dr. Koehler, „daß die Alliierten uns ihre Hilfe angedeihen lassen; denn ohne diese Hilfe ist der Anschluß an die nächste Ernte überhaupt nicht zu erreichen. Selbstverständlich muß die deutsche Landwirtschaft selbst das Aeußerste herausholen. Sie wird im eigenen Lager scharf Umschau halten und die Ablieferungsscheuen energischer an ihre Pflicht erinnern müssen. Eine zufriedenstellende Lösung der Ernährungslage ist unerläßliche Voraussetzung für eine Inangsetzung der deutschen Wirtschaft.“ Zum Problem der Währungsreform und der Schuldenerregung erklärte Dr. Koehler, daß die Reform unserer Währung eine der dringendsten Forderungen des Tages sei. „Ein Kaufkraftüberhang von mehr als 60 Milliarden muß uns mit Sicherheit ruinieren, wenn er nicht alsbald beseitigt wird.“

## Noch keine Friedensvollkonferenz

Molotow lehnt Einberufung zum 15. Juli ab — Italien gegen Kompromisse zwischen den Großmächten

Paris, 24. Juni. (DANA) Der Außenminister trat nach seiner Sitzung am Samstagmorgen einen Vorschlag Bevins an, wonach die Diskussion über die Friedensverträge mit Italien und den Balkanländern bis zum kommenden Freitag abgeschlossen sein soll. Vom Montag ab werden die Außenminister täglich zwei Vollkonferenzen abhalten, um möglichst schnell in allen wichtigen Punkten Uebereinstimmung zu erzielen. Ueber die Frage des Eröffnungstermins für die allgemeine Friedenskonferenz konnte noch keine endgültige Entscheidung getroffen werden, da Molotow den Antrag Byrnes auf Einberufung der Friedensvollkonferenz am 15. Juli zurückwies. „Wir sind über viele Fragen einer Verständigung nahegekommen“, Byrnes hatte im Verlauf der Debatte erklärt: „Wenn auch nicht in allen Punkten Uebereinstimmung erzielt wurde, so sind wir doch bereits über viele Fragen einer Verständigung so nahe gekommen, daß noch ausstehende Probleme ohne Bedenken der allgemeinen Friedenskonferenz zur Behandlung vorgelegt werden können.“ Molotow entgegnete, er sei nicht in der Lage, seine Stellungnahme zu dem Datum der Friedenskonferenz vorzulegen, bevor die Konferenz die Ueberprüfung der fünf Friedensvertragsentwürfe beendet habe. Schließlich einigten sich die Außenminister darüber, die Frage der Friedensvollkonferenz am kommenden Freitag erneut zu erörtern. Die am Freitag begonnenen Besprechungen über Triest und Venetia Giulia wurden nicht fortgesetzt. Ueber das Wochenende letzten die Stellvertreter der Tagesordnung für die Plenarsitzungen der kommenden Woche fest.

## Hilfeleistung für Hungergebiete

New York, 24. Juni. (AP) Der Präsident des Wirtschafts- und Sozialrates der UN, Sir Ramaswami Mudaliar, erklärte vor seinem Abflug nach London, daß er die Weltberichterstattung optimistisch beurteile. Das auf lange Sicht ausgearbeitete Programm des Ernährungs- und Landwirtschaftsausschusses der Vereinten Nationen, das u. a. die Erzeugung und Verteilung von Kunstdünger einschließt, gehe ihm Anlaß zu diesem Optimismus. Mudaliar fügte hinzu, daß der Ernst und die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Situation sowohl in den Hungergebieten als auch in den Lebensmittel produzierenden Ländern voll erkannt seien.

## Liebesgabenpakete für US-Zone

Berlin, 24. Juni. (DANA) Die erste Sendung von Liebesgabenpaketen für Deutsche in der amerikanischen Besatzungszone wird nach einer Mitteilung der Nachrichtenabteilung bei der amerikanischen Militärregierung am 25. Juni mit dem Schiff „American Banker“ aus den Vereinigten Staaten in Bremen eintreffen.

## Hollands Vorsitz im Notstandsernährungsrat

Washington, 24. Juni. (DANA) United Press meldet: Die 19 Mittelstaaten des internationalen Notstandsernährungsrates haben den holländischen Regierungsvizepräsidenten Leonard A. P. Peters zum ständigen Vorsitzenden des Rates gewählt. Der belgische Vertreter L. Charles van Esse wurde zu seinem Stellvertreter ernannt. Der Rat hat eine Resolution des Zentralausschusses angenommen, nach der jedes Land, gleichgültig, ob es Mitglied der Vereinten Nationen ist oder nicht, dem internationalen Ernährungsrat beitreten können, wenn es die entsprechenden Voraussetzungen zur Mitarbeit erfüllt.

## Amerikanische Hilfsorganisation versendet Lebensmittelpakete

Washington, 24. Juni. (DANA) Eine private amerikanische Hilfsorganisation hat nach einer Meldung des New Yorker Rundfunks drei Millionen Lebensmittelpakete aufzukaufen, die für die europäischen Hungergebiete bestimmt sind. Jedes dieser Pakete enthält 22 Pfund Lebensmittel, Seife und Zigaretten. Eine Anzahl dieser Pakete befindet sich bereits auf Lager in Frankreich, der Tschechoslowakei, Griechenland, Polen, Oesterreich und der amerikanischen Zone Deutschlands.

## Letzte Neuigkeiten

Paris, 25. Juni. (DANA) Die Außenminister hielten am Montagabend in Paris eine zweite Sitzung ab, in der sie sich mit der neuen Geschäftsordnung zur Beschleunigung der Arbeit der Konferenz befäßen.

## Für Deutschlands Eingliederung in die Weltwirtschaft

Paris, 25. Juni. (DANA) Die Außenminister nahmen eine von den Stellvertretern ausgearbeitete Liste entgegen, die in vier Punkten das Programm für die Besprechungen über die Balkanverträge enthält. Die zu erörternden Fragen sind: 1. Die Donaufrage, 2. eine Klausel im Friedensvertrag mit Rumänien über den Schaden, der alliierten Staatsbürgern in Rumänien zugefügt wurde, 3. eine Klausel im Friedensvertrag mit Rumänien, über die Einrichtung eines Schiedsgerichtshofes, 4. die Begrenzung der ungarischen Luftstreitkräfte.

## Gegen Franco-Spanien

New York, 24. Juni. (AP) Der französische Delegierte beim Sicherheitsrat der UN, Alexander Parodi, forderte, daß die Spanierfrage trotz des Vetos der Sowjetunion auf der Tagesordnung der Vereinten Nationen bleiben solle. „Wir können nicht zulassen“, erklärte Parodi in einer Rundfunksprache, „daß in Spanien Zustände herrschen, die zu einem neuen Krieg führen können. Es müssen Schritte gegen Franco-Spanien unternommen werden, da der Sicherheitsrat bisher zu keiner Entscheidung über diese Frage gekommen ist.“ Parodi, der auch französischer Vertreter beim UN-Atomarschuss ist, verlangte ferner eine wirksame Kontrolle der Atomenergie und das Recht für die Beauftragten der UN überall in der Welt für Untersuchungen anzusetzen. „Ohne Uebereinstimmung über eine gemeinsame Kontrolle der Atomenergie ist die Organisation der Vereinten Nationen als Schutzmittel gegen den Krieg wertlos“, erklärte der französische Delegierte.

## Wiederherstellung des internationalen Handels

Paris, 24. Juni. (AP) Ein friedliches und geordnetes Deutschland müsse wieder einen angemessenen Platz in der Weltwirtschaft einnehmen, kommt in einer Entschließung der internationalen Handelskammer zum Ausdruck, die ihre diesjährige Tagung beendet hat. In der Entschließung heißt es weiter, wie im Kriege, so müsse auch zur Lösung der Friedensaufgaben eine vertrauensvolle dauernde Zusammenarbeit zwischen den Nationen stattfinden. Wenn man Deutschland von dieser Regelung ausschließe, werde die Wiederherstellung eines normalen Geschäftslebens in aller Welt verzehmt werden. Weitere Entschließungen befassen sich mit der Wiederherstellung des internationalen Transport- und Verkehrssystems und weisen auf die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Übergangszeit im Weltmarkt hin.

## Wiederherstellung des internationalen Handels

Paris, 24. Juni. (AP) Ein friedliches und geordnetes Deutschland müsse wieder einen angemessenen Platz in der Weltwirtschaft einnehmen, kommt in einer Entschließung der internationalen Handelskammer zum Ausdruck, die ihre diesjährige Tagung beendet hat. In der Entschließung heißt es weiter, wie im Kriege, so müsse auch zur Lösung der Friedensaufgaben eine vertrauensvolle dauernde Zusammenarbeit zwischen den Nationen stattfinden. Wenn man Deutschland von dieser Regelung ausschließe, werde die Wiederherstellung eines normalen Geschäftslebens in aller Welt verzehmt werden. Weitere Entschließungen befassen sich mit der Wiederherstellung des internationalen Transport- und Verkehrssystems und weisen auf die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Übergangszeit im Weltmarkt hin.

## Wiederherstellung des internationalen Handels

Paris, 24. Juni. (AP) Ein friedliches und geordnetes Deutschland müsse wieder einen angemessenen Platz in der Weltwirtschaft einnehmen, kommt in einer Entschließung der internationalen Handelskammer zum Ausdruck, die ihre diesjährige Tagung beendet hat. In der Entschließung heißt es weiter, wie im Kriege, so müsse auch zur Lösung der Friedensaufgaben eine vertrauensvolle dauernde Zusammenarbeit zwischen den Nationen stattfinden. Wenn man Deutschland von dieser Regelung ausschließe, werde die Wiederherstellung eines normalen Geschäftslebens in aller Welt verzehmt werden. Weitere Entschließungen befassen sich mit der Wiederherstellung des internationalen Transport- und Verkehrssystems und weisen auf die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Übergangszeit im Weltmarkt hin.

## Wiederherstellung des internationalen Handels

Paris, 24. Juni. (AP) Ein friedliches und geordnetes Deutschland müsse wieder einen angemessenen Platz in der Weltwirtschaft einnehmen, kommt in einer Entschließung der internationalen Handelskammer zum Ausdruck, die ihre diesjährige Tagung beendet hat. In der Entschließung heißt es weiter, wie im Kriege, so müsse auch zur Lösung der Friedensaufgaben eine vertrauensvolle dauernde Zusammenarbeit zwischen den Nationen stattfinden. Wenn man Deutschland von dieser Regelung ausschließe, werde die Wiederherstellung eines normalen Geschäftslebens in aller Welt verzehmt werden. Weitere Entschließungen befassen sich mit der Wiederherstellung des internationalen Transport- und Verkehrssystems und weisen auf die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Übergangszeit im Weltmarkt hin.

## Wiederherstellung des internationalen Handels

Paris, 24. Juni. (AP) Ein friedliches und geordnetes Deutschland müsse wieder einen angemessenen Platz in der Weltwirtschaft einnehmen, kommt in einer Entschließung der internationalen Handelskammer zum Ausdruck, die ihre diesjährige Tagung beendet hat. In der Entschließung heißt es weiter, wie im Kriege, so müsse auch zur Lösung der Friedensaufgaben eine vertrauensvolle dauernde Zusammenarbeit zwischen den Nationen stattfinden. Wenn man Deutschland von dieser Regelung ausschließe, werde die Wiederherstellung eines normalen Geschäftslebens in aller Welt verzehmt werden. Weitere Entschließungen befassen sich mit der Wiederherstellung des internationalen Transport- und Verkehrssystems und weisen auf die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Übergangszeit im Weltmarkt hin.

## Wiederherstellung des internationalen Handels

Paris, 24. Juni. (AP) Ein friedliches und geordnetes Deutschland müsse wieder einen angemessenen Platz in der Weltwirtschaft einnehmen, kommt in einer Entschließung der internationalen Handelskammer zum Ausdruck, die ihre diesjährige Tagung beendet hat. In der Entschließung heißt es weiter, wie im Kriege, so müsse auch zur Lösung der Friedensaufgaben eine vertrauensvolle dauernde Zusammenarbeit zwischen den Nationen stattfinden. Wenn man Deutschland von dieser Regelung ausschließe, werde die Wiederherstellung eines normalen Geschäftslebens in aller Welt verzehmt werden. Weitere Entschließungen befassen sich mit der Wiederherstellung des internationalen Transport- und Verkehrssystems und weisen auf die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Übergangszeit im Weltmarkt hin.

## Wiederherstellung des internationalen Handels

Paris, 24. Juni. (AP) Ein friedliches und geordnetes Deutschland müsse wieder einen angemessenen Platz in der Weltwirtschaft einnehmen, kommt in einer Entschließung der internationalen Handelskammer zum Ausdruck, die ihre diesjährige Tagung beendet hat. In der Entschließung heißt es weiter, wie im Kriege, so müsse auch zur Lösung der Friedensaufgaben eine vertrauensvolle dauernde Zusammenarbeit zwischen den Nationen stattfinden. Wenn man Deutschland von dieser Regelung ausschließe, werde die Wiederherstellung eines normalen Geschäftslebens in aller Welt verzehmt werden. Weitere Entschließungen befassen sich mit der Wiederherstellung des internationalen Transport- und Verkehrssystems und weisen auf die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Übergangszeit im Weltmarkt hin.

# Wir hatten es anders erwartet Der Parteitag der CDU für Berlin und die östliche Zone

Von Walter Schwerdtfeger  
Was geschähe in Deutschland, wenn heute oder morgen die Besatzung aufgehoben würde? Eine interessante Frage, die — leider — leicht zu beantworten ist. Der Nationalsozialismus würde unverzüglich den neuen Griff nach der Macht versuchen — und zweifellos, solch Unternehmungen müssten sich machen, ist bei weitem noch nicht genug geschehen. Gewiß, Soundbiss, deren Morde und Schändaten im Gerichtsverfahren nachgewiesen wurden, erlitten die gerechte Strafe. Dem Gros aber ist nicht viel passiert. Und wer sich als Putschisten schuldig gemacht hat, sieht heute schon wieder auf hohem Roß — und leider auch noch in Behörden und Ämtern. Man kann sogar als sicher voraussagen, daß die Putschisten in verstärktem Umfang in Ämtern und Behörden frühere Urstände feiern werden, wenn die Denazifizierung nicht mit der Klarheit und von Gerechtigkeit freien Entscheidung durchgeführt wird, die im Interesse der Zukunft Deutschlands unbedingt verlangt werden muß.

Das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus ist gut, aber das beste Gesetz muß seinen Zweck verfehlen, wenn es lax durchgeführt wird. Man hätte erwarten müssen, daß die Spruchkammern hauptsächlich mit solchen Personen besetzt würden, die nachgewiesenermaßen aktive Antifaschisten sind. Die Wahl solcher Persönlichkeiten als Beisitzer hätte die Garantie für Denazifizierung ohne Drehen und Beugen gegeben. Dieser selbstverständlichen Forderung ist nicht ausreichend nachgekommen worden. Man darf von den Parteien fordern, daß sie — mögen sie sonst in ihren Auffassungen differieren — eine einheitliche, antifaschistische Front bilden und dies in der Entscheidung entsprechender Beisitzer in die Spruchkammern überzeugend dokumentieren. Indem sie solchen Personen delegieren, die im KZ oder im Zuchthaus am eigenen Leib verspürt haben, was Nazismus ist und was ihn über das besten kennen. Diese Männer sind die Garanten des neuen Deutschland.

Diese sicheren Träger der werdenden deutschen Demokratie stehen heute einer politischen Situation gegenüber, wie sie sie nicht erwartet, ja — sprechen wir es ruhig aus — nicht für möglich gehalten hätten. Das gilt nicht für das Außenpolitische. Hier ist buchstäblich Wahnsinn vorzugehen, wie die aktive Antifaschisten vorausgesehen haben, die zum Objekt der Außenpolitik gewordenen, zerstörten und Not leidenden dezimierten Reich. Aber in der Innenpolitik hatte man ein anderes Leben, einen anderen Geist erwartet. Eine restlose Ausschaltung des Nazismus in Person und Idee, eine Berufung derer an die leitenden Stellungen, die unter Einwirkung von Leben und Freiheit gegen die Tyrannei für ein freies, demokratisches Deutschland einen Kampf führten, von dessen Schwere sie tatlos oder gleichgültig Beiseitegedrängt keine Ahnung hatten, obwohl sie wenigstens heute begriffen haben sollten.

Die aktiven Antifaschisten haben zu viel erlebt und erlitten, um Haß zu kennen. Ihr Menschentum ist durch eine Läuterung gegangen, in der Haß um Schläge verbrannt, ihnen kommt es nicht auf persönliche Erlebnisse, sondern auf die persönliche Sicherung, sondern auf die Gans an. Weil sie Deutschland lieben und vor einem neuen Terrorregime bewahren, weil sie ihm den Weg in eine glückliche Zukunft bauen wollen, kennen sie in der Sache kein Kompromiß. Darum wollen sie voll gewährleistet sehen, daß sich der Nazismus, Faschismus oder sonstiger -ismus gleicher Zielsetzung weder über Parteien, Verwaltung, Justiz oder Polizei, oder durch sonstige Mittel wieder einschleichen und Macht gewinnen kann.

Diese Kompromißlosigkeit, die für Deutschland die Lebensfrage ist, macht diese aktiven und aufrechten Antifaschisten unbeliebt und man hat daher mit bereits recht respektablem Erfolg versucht, sie zu diskreditieren und auszusaltzen. Es ist glücklich (ein einziges Jahr nach dem von Nazismus verschuldeten totalen Zusammenbruch) schon so weit gekommen, daß es nahezu gefährlich ist, sich als ehemaliger politischer KZ- oder Zuchthausinsasse zu bekennen. Nazi dürfen es bereits wieder wagen, diejenigen die der Verrat des Nazismus an allem was deutsch war, rückwärts bekämpfen, als „Verräter“ zu beschimpfen. Daß kriminelle KZ-Häftlinge mit der dem Kriminellen eigenen Freiheit und Unverfrorenheit eine Zeitlang sich unbehörlichermaßen vornehm anmaßen, wurde bereits immer noch sehr lebendigen Nazi-Agitation begegriffen und gegen die politischen und rassischen Opfer des Nazismus ausgepielt. Man könnte solches Urteil den Dummen überlassen, die nie aussteigen. Aber man findet eine oft kaum verhüllte Gegnerschaft gegen den „Politischen“ leider auch in Behörden und Ämtern. Gewiß nicht mit Wissen und Billigung der Leiter, aber infolge noch nicht restlos durchgeführt Denazifizierung. Kein Mensch ist unerschütterlich, auch dann nicht, wenn er gewesen ist. Warum es noch heute an gewissen Stellen solche „unerzogenen“ Putschisten gibt, ist dem Verfasser unbegreiflich. UK-Stellung in neuer Form! Es haben sich im Reich in der letzten Zeit die Fülle gemehrt, in denen alte Nazi-Putschisten in einer Partei eine Rolle spielen oder als Beamter im Naziumgebiets schalten und walten können. Es ist ihnen das Handwerk gelegt worden, aber es wäre besser gewesen, sie überhaupt nicht zum Wirken solche Fülle zu lassen. Man wird noch malar solche Fülle erleben, die nicht möglich wären, wenn überall die aktiven Nazigeegner führten. Dann wäre auch nicht Tatsache, daß gegen berechnete Forderungen der immer und immer antifaschistisch gewordenen Arbeiterbewegung, z. B. gegen die Verstaatlichung der Trustunternehmen usw. sich bereits eine nur noch schwach zotante Phalanx gebildet hat mit dem Ziel, in punkto Kapitalismus und Sozialismus möglichst alles so zu lassen, wie es dem Deutschen möglichst gut ist. Dann gäbe es nicht die Tendenz, in den Verfassungsentwurf Sicherungen einzubauen, um das schreckliche Impulsive und nicht wahr, so ungebildete und doch nicht über hinreichende Sachkenntnis verfügende Volk nicht so unmittelbar an die Regierung heranzulassen. Schonen wir die armen Großkapitalisten, seien wir nachsichtig gegen die armen Putschisten, die ja fast alle doch nur „zumutet“ haben — und wir werden ihrer freudigen Unterstützung sicher sein. Nieder aber mit den aktiven Antifaschisten, die keine Ruhe geben wollen. So ungefähr ist der Tenor heute.

Wie wäre es also, wenn binnen Kurzem die Besatzung aufhörte? Traurig. Da die heute herrschende Einstellung kein Bollwerk bildet, an dem das erneute Anbrachen einer braunen Flut zurückgehalten würde, würde es ohne eine gewalttätige Auseinandersetzung nicht abgehen. Nach einer zwölfjährigen Periode nazistischer Gewalt- und Schreckensherrschaft hätte ein so eigener Kraft abwerfendes Deutschland eine Revolution erlebt, im Vergleich zu der die große französische Revolution ein Kinderspiel gewesen wäre. Es wäre schrecklich gewesen, aber die Atmosphäre wäre heute nicht mehr von braunen Dünsten durchdrängt, sondern klar. Wir sind froh, daß uns der Schrecken einer blutigen Revolution Deutschland nach den Strömen von Blut, die die Putschisten vergossen hat, erspart geblieben ist. Die Putschisten, die heute jammern, wenn nach einem gerechten Gesetz gerecht verfahren wird, sollten sich vergegenwärtigen, wie der

Was bis jetzt in der Presse über den Parteitag der CDU für Berlin und die östliche Zone veröffentlicht wurde, gibt nur einen kleinen Ausschnitt aus der Fülle der Arbeit wieder, die nicht nur während der offiziellen Tagungszeit vom 15. bis 17. Juni geleistet wurde, sondern schon wochenlang vorher der organisatorischen und zeitlichen Vorbereitung der Tagung diente. Wer einige Tage vor teilnehmenden allen Zonen in Berlin zusammen Besprechungen und Veranstaltungen des Parteitag in Verbindung mit den Besatzungsmächten stattfanden, einen Blick hinter die Kulissen werfen konnte, wer außerdem die 15 Entschlüsse des Parteitages im vollen Wortlaut besitzt und sie nun zu Hause in Ruhe überdenken kann, der weiß, was der Parteitag nicht nur für die Parteifreunde in Berlin und der östlichen Zone, sondern für die gesamte Union und darüber hinaus bedeutet. Der Parteitag hat einen Blick hinter die Kulissen werfen konnte, wer außerdem die 15 Entschlüsse des Parteitages im vollen Wortlaut besitzt und sie nun zu Hause in Ruhe überdenken kann, der weiß, was der Parteitag nicht nur für die Parteifreunde in Berlin und der östlichen Zone, sondern für die gesamte Union und darüber hinaus bedeutet. Der Parteitag hat einen Blick hinter die Kulissen werfen konnte, wer außerdem die 15 Entschlüsse des Parteitages im vollen Wortlaut besitzt und sie nun zu Hause in Ruhe überdenken kann, der weiß, was der Parteitag nicht nur für die Parteifreunde in Berlin und der östlichen Zone, sondern für die gesamte Union und darüber hinaus bedeutet.

Die Verbindung des christlichen und des demokratischen Grundelementes zu einer neuen politischen Lebensordnung, die genau vor einem Jahre, nämlich am 17. Juni 1945, ein Kreis von etwa 20 Persönlichkeiten in der Berliner Wohnung von Andreas Hermes erstmals vollzogen, hat in den anschließenden des Berliner Parteitages die programmatische Fassung und lebenspraktische Ausdeutung erfahren, welche die Gewähr dafür bieten, daß nicht unverbindliche Redensarten oder demagogische Tiraden, sondern klare Einsichten und erfüllbare Forderungen die Politik der Union bestimmen. Dabei verzichtet die Union bewußt auf überspitzte doktrinaire Formulierungen, sondern orientiert sich im allgemeinen und überall an der Wirklichkeit des Lebens, wie es der realistisch-idealistischen Denkweise der christlichen Weltanschauung entspricht. Beispielhaft hierfür ist der nachstehende Satz aus dem Entschluß des wirtschaftspolitischen Ausschusses zum Thema Sozialismus aus christlicher Verantwortung: „Wir fordern eine Wirtschaftsordnung, in der die allgemeine Richtschnur der Produktion und die Grundzüge der Versorgung von der öffentlichen Hand entschieden werden, in der wirtschaftliche Vorkundstellungen von der Allgemeinheit überträgt und wertschöpfend besetzt werden. In einzelnen Menschen aber sollen die Kräfte freier und selbständiger wirtschaftlicher Arbeit sich entfalten können, wobei aber die Beziehungen von Mensch zu Mensch und die sachgemäße Verfügung über die Dinge durch eine feste Wirtschaftsordnung nach den Grundsätzen des Christentums geregelt sind.“

Die gleiche Ausgewogenheit, die diesen Satz kennzeichnet, findet sich in allen anderen Entschlüssen und in den sechs großen Referaten über die allgemeine Politik, die Kommunal-, Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik, welche Jakob Kaiser, Ernst Lemmer und andere führende Männer der Union in den Plenarversammlungen des Parteitages hielten. Der allgemeine Eindruck, den diese Referate und Entschlüsse, aber auch die zahlreichen Diskussionsbeiträge hinterließen, läßt sich in den Satz zusammenfassen: Die Union weiß, was sie will!

Die Grundsatzfestigkeit und Zielklarheit, die in allen Erklärungen der Parteitages zum Ausdruck kommen, werden weit über Berlin hinaus wirken und die politische Arbeit der Union in allen Zonen befruchten und bestimmen. Wenn bisher gewisse Kritiker glaubten, der Union Richtunglosigkeit vorwerfen zu müssen — ein Vorwurf, der schon deshalb nicht zutrifft, weil er die innere Lebendigkeit einer jungen Partei, die um ihre Gestaltung ringt, mit der Grundsatzlosigkeit des verzerrten politischen Routineversprechens, der im Labyrinth der taktischen Winkelzüge sich nicht mehr zurechtfindet —, so wird die in Berlin geleistete Gemeinschaftsarbeit zweifellos die wünschenswerte Gleichrichtung aller in der Union wirkenden Kräfte und Meinungen entscheidend fördern.

In einem besonders wichtigen Punkte trafen die grundsätzliche Geschlossenheit und Entschlossenheit aller Glieder der Union geradezu überwältigend

## Erschreckende Geständnisse

Erschießung Kriegsgefangener — Sepp Dietrich verzichtet auf Verteidigung

Dachau, 24. Juni. (DANA) Oberst Joachim Peiper erklärte in der Samstag-Sitzung des Malmedy-Prozesses im Laufe des Kreuzverhörs, es sei selbstverständlich, daß sämtliche Anzeigen, um sich selbst zu retten, behaupteten, daß ihnen die Erschießung von Kriegsgefangenen und äußerste Rücksichtslosigkeit gegen die Zivilbevölkerung während Zug- und Kampfführer befohlen wurde. Auf die Frage des amerikanischen Anklägers, ob seine Leute so undiscipliniert waren, Kriegsfangene auch ohne Befehle zu erschließen, antwortete Peiper, das habe mit Disziplinlosigkeit nichts zu tun. Seine Männer hätten nur auf die Zivilisten geschossen, weil die Bevölkerung aus vielen Fenstern auf die Soldaten feuerte.

Peiper, der während der Untersuchungshaft in seinen schriftlichen Geständnissen immer wieder zugab, daß er seinen Offizieren und in besonderen Fällen auch den Mannschaften den dienstlichen Befehl zur Erschießung amerikanischer Kriegsgefangener gegeben habe, behauptete im Kreuzverhör, er habe diese Erklärung während seiner Untersuchungshaft in Schwäbisch Hall geschrieben, weil seine Kameraden Dinge ausgesagt hätten, die ihm völlig unverständlich seien. „Von diesen Aussagen, Nazismus verfahren ist. Nicht mit Fragebogen, mit Meldungen, Spruchkammern und Verstellungsverfahren, nicht nach Gesetz und Recht, sondern mit Gewalt, Rechtsbruch, Schaffot, Galgen und Mord. Die, in deren Händen heute die Durchführung des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus liegt, müssen wissen, daß es an ihnen ist, die Befreiung gründlich zu verwirklichen, daß sie nicht nachträglich eines Tages so herbeigeführt werden muß, wie sie dank einem werden konnte. Die schließliche, die heute das neue Deutschland bauen, müssen sich ihrer hohen Verantwortung voll bewußt sein: daß es um die Schaffung einer Ordnung geht, in der die alte und heilige Forderung verwirklicht werden muß, daß nicht der eine nur der Arbeiter, der andere aber der Nutzbare ist.“

## Das freie Wort

Herr Ludwig Nopper, Karlsruhe, schreibt: „Die erste Freiheit ist die Freiheit der Rede und der Meinungsäußerung überall in der Welt. Eine demokratische Partei muß sich dem politischen Kampf stellen. Sie muß nicht nur sagen was sie will, sondern Zuhörer zu ihrer Wahlreden zu lassen, was gilt besonders für größere Wahlversammlungen. Im Karlsruher Konzerthaus hat noch keine Wahlversammlung stattgefunden. Da lobe ich mir die von Tausenden besuchte Versammlung der KPD in der Markthalle. Dort wurde die Diskussion angeboten.“

## Stimme der Parteien

Genossen!  
Nie zuvor in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung hatte das Wort von der historischen Bedeutung der Stunde mehr Gültigkeit, als heute. Wir reden davon, daß die Arbeiterschaft, verteidigt durch die beiden sozialistischen Parteien und Wirtschaft ein entscheidendes Wort mitzusprechen habe. Wir sind uns beim darüber, daß die Arbeiterschaft jener Teil des Volkes ist, der die Idee der Gemeinschaft, der Solidarität und des Zusammenhalts am klarsten und konsequentesten vertritt, die jene Kraft des Volkes ist, die durch die Einigkeit aller Arbeiterklasse — nur durch die Einigkeit aller Arbeiterklasse — die notwendig ist, damit das große Ziel erreicht wird. Wir wissen alle ebenso gut, daß wir mit dem Ziel von Augen jedoch jetzt um die primitivsten Lebensgrundlagen kämpfen müssen, daß wir alle Wachsamkeit und Energie aufbringen müssen, damit nicht die Lasten des verlorenen Krieges zu tragen haben. Voraussetzung dazu ist die durchgreifende Entnazifizierung. Das alles wissen wir, Sozialdemokraten und Kommunisten, und daß wir, um solches zu erreichen, zusammenarbeiten müssen.

## Ehemals politisch Verfolgte

Versammlung der Mitglieder von Karlsruhe und Umgebung

Der Bund ehemals politisch Verfolgter des Nazistystems, Karlsruhe, hielt am 23. Juni seine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Den Rechenschaftsbericht des vorläufigen Vorstandes erstattete der am Bund hochverdienter Kamerad W. Nies, der die starken Schwierigkeiten der Aufarbeitung des Nazismus für eine Organisation zur Betreuung seiner Opfer geleistet werden mußte. Eine Betreuung, die in vorbildlicher Weise auch sofort von den Bezirksausschüssen in die Wege geleitet worden war, wie in der Versammlung zur Sprache kam. Wie W. Nies ausführte, fand am 6. Januar dieses Jahres nach endlich erwirkter Anerkennung des Bundes die Gründungsversammlung statt. Nennenswert ist der Bund ehemals politisch Verfolgter auch im Lande maßstäblich anerkannt und beim Amt für Wiedergutmachung in Stuttgart zuständig. Dem Bund gehören an bzw. die Mitgliedschaft steht offen nach erfolgter genauer Prüfung der Unterlagen folgenden Personen: politischen Aktivisten, den Ersten Bihelförhern, die ihrer religiösen Haltung wegen am heftigsten verfolgt wurden, Juden (den aus den Verzeichnissen zurückgeführten wenigen Überlebenden), Hinterbliebenen der gemordeten Antifaschisten, zweiter Linie den übrigen politisch Geschädigten, z. B. auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, Juden in „Mischen“ und sogenannten Mischlingen, ferner nach besonders scharfer Prüfung politischen Gelegenheitsstern.

Die Organisation der ehemals politisch Verfolgten trägt überparteilichen Charakter, vertritt die Wahrung der Rechte ihrer Mitglieder in Hinsicht Wiedergutmachung, steuerlicher Behandlung, in der Erziehung, Arbeit und Wohnung und erwartet von Behörden und Parteien, daß sie sich der berechtigten Interessen der politisch Verfolgten in gebührender Weise annehmen, die bereits von alliierter Kontrollrat anerkannt wurden. Sie setzt sich ferner ein für die noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Antifaschisten und verlangt die maßgebliche Einschaltung der politisch Verfolgten auch bei Denazifizierungsfragen. Schon gegenüber nazistischen, halbnazistischen und gleichgültigen Beamten und die Zulassung politisch Verfolgter, die sachlich qualifiziert sind, zu den Schlüsselstellungen in Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Die Praxis habe erwiesen, daß die ehemals politisch Verfolgten in vielen Fragen, so der der Wiedergutmachung, bei der Besatzungsbehörde mehr entgegenkommen gefunden hätten als bei den deutschen Behörden. Noch immer seien politisch Verfolgte arbeitslos oder nicht in ihren Fähigkeiten entsprechenden Stellungen untergebracht. In Bayern und Hessen sei man in dieser und in anderer Hinsicht Nordwürttemberg-Nordbaden voraus. Für die Wiedergutmachung liege ein Gesagtes vor, der bei Genehmigung durch den Kontrollrat Gesekraft erlangen wird.

Nach Genehmigung des Kasernenberichts der Kreisgeschäftsstelle Karlsruhe und Umgebung erteilte die Versammlung dem bisherigen (vorläufigen) Vorstand einstimmige Entlastung und sprach ihm aufrichtigen Dank für die geleistete aufopfernde Arbeit aus. Mit welchem Übersaus bescheidenen Mitteln diese einjährige Arbeit getrieben wurde, geht daraus hervor, daß Einnahmen aus laufenden freiwilligen Zuwendungen von 907 Mark Ausgaben von 663,24 Mark gegenüberstehen, so daß ein Kasernenbestand von 243,76 Mark verbleibt.

In der Aussprache wurde die Verquickung des Anspruchs der politisch Verfolgten auf Steuerermäßigung und Zusatzleistungen mit Ansprüchen der Fliegergeschädigten zurückgewiesen. Gegen eine Absicht des Landesernährungsamtes, die Teil schwerer Arbeiterzulage nur noch den ab 1935 zu mindestens zwei Jahren Haft Verurteilten zu genehmigen, wurde protestiert. Sie selbstverständlich sei, daß generell kein Lebensmittellage für den nur wenige Wochen oder Monate politisch Gefangenen gefordert würden, so berechtigt sei andererseits das Verlangen nach Zulage für den durch die Haft und Mißbehandlung gesundheitlich geschädigten politisch Verfolgten, der mitunter in einer Woche der „Behandlung“ durch Gestapo, SS oder Lebensdauer erlitten habe. Gefordert wurde die Schaffung absoluter Klarheit über den Begriff politisch Verfolgter, eine Klarheit, die durch die einzeln erwähnte Klassifizierung und die sorgsame Prüfung der Einzelfälle gewährleistet wird. Bemängelt wurde, daß bei manchen Behörden ehemals politisch Verfolgte statt auf Förderung auf Schwierigkeiten stoßen. Mit Entrüstung wurde davon Kenntnis genommen, daß in Fällen sicherlich beispielsweise der Anordnung von beschlagnahmtem Nazigenutz in dem Wohnen von Antifaschisten polizeiliche Durchsuchungen vorgenommen worden sind, und zwar nicht, wogegen nichts einzuwenden wäre, durch die hierzu berechnete Polizei allein, sondern daß diese Durchsuchungen von „prominenten“ Nazisten unter kriminalpolizeilicher Deckung erfolgte. Diese Art der Handhabung läßt das erforderliche Taktgefühl in bedauerlicher Weise vermissen. Die Ehrenkarte für Aufklärungsarbeiten wurde von Nazi-Pg. so aufgefaßt, als berechtige sie die Ableistung des Ehrendienstes, vor Antifaschisten zu rangieren, statt lediglich vor Putschisten, die sich nicht beteiligten. Es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß Verwaltungsbeamte sich diese seltsame Auslegung nicht zu eigen machen.

## Schumacher über Deutschlands Zukunft

Frankfurt, 24. Juni. (DANA) Auf einer Versammlung der SPD am Sonntag sprach vor etwa 20 000 Zuhörern Dr. Schumacher, der erste Vorsitzende der SPD der Westzonen, zum Thema „Die Zukunft Deutschlands“.

„Durch die Politik der amerikanischen Militärregierung“, führte Dr. Schumacher aus, „in den Ländern der Westzonen so frühzeitig Wahlen stattfinden zu lassen, ist ein Verstoß gegen das Schicksal wieder in unsere Hand gegeben. Die Militärregierung hat richtig gehandelt. Jetzt kommt es darauf an, ob auch die Deutschen richtig zu handeln wissen.“

Dr. Schumacher wandte sich in seinen Ausführungen gegen den Mißbrauch des Christentums für den politischen Kampf und sagte: „Es geht nicht um das Christentum, das gerade die Sozialdemokratie respektiert, sondern es geht darum, wer die Kosten des dritten Reiches und des zweiten Weltkrieges bezahlt.“

Das deutsche Volk wolle nicht Bettler bei anderen Völkern sein. Es wolle nichts geschenkt haben, sondern alles durch seine Arbeit bezahlen. Dr. Schumacher wandte sich gegen die Zerschlagung der gesamten Schwerindustrie, fügte jedoch hinzu, daß die SPD mit der Beseitigung der Kriegswirtschaft völlig einverstanden sei.

„Die Sozialdemokratie fordert, daß das Potsdamer Abkommen in allen seinen Teilen, auch in dem, die für Deutschland günstig und lebenswichtig sind, durchgeführt wird. Die chinesische Mauer, die heute die westlichen Zonen Deutschlands von der Ostzone trennt, ist ein Unflück für Deutschland, für Europa und auch für Rußland. In allen Zonen Deutschlands muß das Recht nach eigener Kenntnis und eigenem Ermessen, sich zu einer politischen Partei zu bekennen, gewahrt sein. Wenn für diesen Herbst auch für Berlin, die Ostzone wählen ausgeschrieben werden, so verlangt die Sozialdemokratie die freie Zulassung der SPD auch für die gesamte Ostzone.“

Über die Haltung der SPD zur CDU sagte Dr. Schumacher, daß sich die politische Fragestellung so zuspitzen habe, daß es heute heiße: Entweder CDU oder SPD. „Hunderttausende der Rechten sind der CDU zugeströmt und es wird sich zeigen müssen, wie die CDU in der politischen Auseinandersetzung Bestand haben und welchen Weg sie einschlagen wird.“

## Vollmachten der Ruhrkohlenarbeiter

Hamburg, 24. Juni. (DANA) In den Arbeiterschüsseln des Ruhrbergbaus, denen sich im April ein Gesetz beträchtliche Vollmachten zitiert, werden die Grubenarbeiter des Ruhrgebietes beratend an der Leitung der Kohlengruben teilnehmen.

In geheimer Wahl wurden bereits die Vertreter der Bergarbeiter für die Aufschüsse gewählt. Jeder der Arbeiterschüsseln soll einen Unterausschuß erhalten, der aus vier Grubenmitgliedern, fünf Vertretern der Arbeitergewerkschaften und einem Vertreter des Obergabergamtes besteht. Neben Produktionsfragen werden Sicherheitsmaßnahmen im Kohlenbergbau und die ärztliche Überwachung der Arbeiter die wichtigsten Fragen sein. Die Kohlenarbeiter sollen die Rechte der Rechten haben. Daneben gehören Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, Schlichtung von Streitigkeiten und soziale Fürsorge zu ihrem Tätigkeitsbereich.



VfB Stuttgart ist Meister

Die heim unstrittene Meisterschaft der Oberliga wurde im letzten Spiel des VfB geklärt. VfB Stuttgart, das in der Rückrunde die Spielverloren, erfüllte die Erwartungen...

Table with 5 columns: Team, Points, Goals, Assists, etc. VfB Stuttgart leads with 51 points.

VfB Stuttgart - FC Nürnberg 1:0 (0:0) Das Entscheidungsspiel der unstrittig besten Vertreter der Oberliga...

Vom Anstoß weg übernahm VfB das Kommando und drängte auf einen frühen Ausgleich. Durch den Fehlwurf von Pöschel hatte Nürnberg eine frühe Drohung...

legen. Die VfB-Abwehr hatte schwere Arbeit zu verrichten, und Schmidt hatte reichlich Gelegenheit, sein...

Der 1. FC Nürnberg ließ der Presse mitteilen, daß es gegen die willkürliche Verlegung des Spiels 1960 München - VfB Stuttgart Einspruch erhoben hat...

Bei dem Karlsruhe Sportverein wird diese Mitteilung die Frage aufwerfen, ob der FC Nürnberg bei seinem...

KFV - Eintracht Frankfurt 0:0 (0:0) Mit einer stark veränderten Elf bestritt der KFV sein letztes Spiel gegen Eintracht Frankfurt...

Die Eintracht befand sich in bester Spielweise und führte streckenweise ausgerechnet Schullfußball vor...

Es kamen nur etwa 3000 Zuschauer, die Zeuge des Kampfes sein wollten, den der VfB gegen 1860 München ausfocht...

Die beiden Mannschaften waren sich einig, daß die Kräfte gegen das zwispande Spiel der Gäste auf die Dauer nicht ausreichen können...

Leichtathletik und schönes Wetter sind zwei Dinge, die sich zusammengehören. Sofern dies aber einmal nicht...

Bei strömendem Regen nahmen 6000 Zuschauer an dem vierten Spiel der beiden Mannschaften teil...

Landesliga SV Sandhausen - Phönix Mannheim 3:0 Bei strömendem Regen ging dieses Spiel am Samstag...

Qualifikationsspiele der Bezirksklasse Kreisoberrhein Kehlheim übernahm für den nichterschienenen...

ASV Hagelsfeld - ASV Durlach 1:0 (0:0) Der Spielabbruch im Spiel gegen Frankfurt hat sich erwiesener Weise...

SPV Morsch - SV Bergmann 2:0 Trotz des andauernden Regens hatten sich zum ersten Aufstiegsplatz in Morsch ca. 600 Zuschauer...

Fürth - Stuttgarter Kickers 1:1 (1:1) Bei strömendem Regen nahmen 6000 Zuschauer an dem vierten Spiel...

Verloren/Gefunden Silb. Brosche (Münze) I. R. Ringelstein, 1. R. Ringelstein, 1. R. Ringelstein...

Stationangebote Beim Bauamt der Stadt Karlsruhe sind folgende Stationangebote...

Verkauf (teilweise) aus d. Lebensmittellager, gesucht. Es wollen sich nur Bewerber mit...

Jung Kaufmann, m. Kenntn. in Buchf., Messch., Schreibk., Kurzh., sowie in sonst...

Prüfungsausschuss wünscht seine Oberkassenschreiber so- wie 2. Beletten (Doppel- land u. Europa)...

Haus, auch beschl., mit angrenzenden Grundstück, 4 Zimmern, 2 Bädern, (Doppel- land u. Europa)...

Familien-Nachrichten Luise Ziegler, m. lb. Frau, u. 12 Kinder, hat Gott, der Herr, a. 18.6.1. u. ev. Reich heimgel. Die Beis. f. a. 20.6. a. d. Amt-Friedh. in Kork statt, i. N. all. Ang.:

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Veranstaltungen Gervia-Palast (Rondellplatz). Besuchen Sie den eigenartigen, erregenden Film...

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Amtliche Bekanntmachungen Achtung Arbeitgeber! Betr.: Monatliche Meldungen aus dem...

Verloren/Gefunden Silb. Brosche (Münze) I. R. Ringelstein, 1. R. Ringelstein, 1. R. Ringelstein...

Stationangebote Beim Bauamt der Stadt Karlsruhe sind folgende Stationangebote...

Verkauf (teilweise) aus d. Lebensmittellager, gesucht. Es wollen sich nur Bewerber mit...

Jung Kaufmann, m. Kenntn. in Buchf., Messch., Schreibk., Kurzh., sowie in sonst...

Prüfungsausschuss wünscht seine Oberkassenschreiber so- wie 2. Beletten (Doppel- land u. Europa)...

Haus, auch beschl., mit angrenzenden Grundstück, 4 Zimmern, 2 Bädern, (Doppel- land u. Europa)...

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Verloren/Gefunden Silb. Brosche (Münze) I. R. Ringelstein, 1. R. Ringelstein, 1. R. Ringelstein...

Stationangebote Beim Bauamt der Stadt Karlsruhe sind folgende Stationangebote...

Verkauf (teilweise) aus d. Lebensmittellager, gesucht. Es wollen sich nur Bewerber mit...

Jung Kaufmann, m. Kenntn. in Buchf., Messch., Schreibk., Kurzh., sowie in sonst...

Prüfungsausschuss wünscht seine Oberkassenschreiber so- wie 2. Beletten (Doppel- land u. Europa)...

Haus, auch beschl., mit angrenzenden Grundstück, 4 Zimmern, 2 Bädern, (Doppel- land u. Europa)...

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Handball Die Pilschleife vor dem Abschluß Am Donnerstag kamen einige Spiele zum Abschluß...

Landesliga SV Sandhausen - Phönix Mannheim 3:0 Bei strömendem Regen ging dieses Spiel am Samstag...

Qualifikationsspiele der Bezirksklasse Kreisoberrhein Kehlheim übernahm für den nichterschienenen...

ASV Hagelsfeld - ASV Durlach 1:0 (0:0) Der Spielabbruch im Spiel gegen Frankfurt hat sich erwiesener Weise...

SPV Morsch - SV Bergmann 2:0 Trotz des andauernden Regens hatten sich zum ersten Aufstiegsplatz in Morsch ca. 600 Zuschauer...

Fürth - Stuttgarter Kickers 1:1 (1:1) Bei strömendem Regen nahmen 6000 Zuschauer an dem vierten Spiel...

Verloren/Gefunden Silb. Brosche (Münze) I. R. Ringelstein, 1. R. Ringelstein, 1. R. Ringelstein...

Stationangebote Beim Bauamt der Stadt Karlsruhe sind folgende Stationangebote...

Verkauf (teilweise) aus d. Lebensmittellager, gesucht. Es wollen sich nur Bewerber mit...

Jung Kaufmann, m. Kenntn. in Buchf., Messch., Schreibk., Kurzh., sowie in sonst...

Prüfungsausschuss wünscht seine Oberkassenschreiber so- wie 2. Beletten (Doppel- land u. Europa)...

Haus, auch beschl., mit angrenzenden Grundstück, 4 Zimmern, 2 Bädern, (Doppel- land u. Europa)...

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Handball Die Pilschleife vor dem Abschluß Am Donnerstag kamen einige Spiele zum Abschluß...

Landesliga SV Sandhausen - Phönix Mannheim 3:0 Bei strömendem Regen ging dieses Spiel am Samstag...

Qualifikationsspiele der Bezirksklasse Kreisoberrhein Kehlheim übernahm für den nichterschienenen...

ASV Hagelsfeld - ASV Durlach 1:0 (0:0) Der Spielabbruch im Spiel gegen Frankfurt hat sich erwiesener Weise...

SPV Morsch - SV Bergmann 2:0 Trotz des andauernden Regens hatten sich zum ersten Aufstiegsplatz in Morsch ca. 600 Zuschauer...

Fürth - Stuttgarter Kickers 1:1 (1:1) Bei strömendem Regen nahmen 6000 Zuschauer an dem vierten Spiel...

Verloren/Gefunden Silb. Brosche (Münze) I. R. Ringelstein, 1. R. Ringelstein, 1. R. Ringelstein...

Stationangebote Beim Bauamt der Stadt Karlsruhe sind folgende Stationangebote...

Verkauf (teilweise) aus d. Lebensmittellager, gesucht. Es wollen sich nur Bewerber mit...

Jung Kaufmann, m. Kenntn. in Buchf., Messch., Schreibk., Kurzh., sowie in sonst...

Prüfungsausschuss wünscht seine Oberkassenschreiber so- wie 2. Beletten (Doppel- land u. Europa)...

Haus, auch beschl., mit angrenzenden Grundstück, 4 Zimmern, 2 Bädern, (Doppel- land u. Europa)...

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.

Verloren: Gertrud Brockhaus - Hermann Stöber, Oberingenieur, Ettlingen (Baden), Friedenstr. 5, Karlsruhe, Verlobungstr. 2, im Juni 1946.